

MITTAGSPOST

Aus dem Plenum des Bundestags

• Bundestag und Bundesrat eröffneten am Mittwoch gemeinsam die Sitzung, in der unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seinen Amtseid ablegte und eine erste Rede in neuer Funktion hielt. Danach wurde selbstverständlich auch gefeiert. Mit dabei Joachim Gauck, jetzt a.D.



• Wie kann die Ausreisepflicht besser durchgesetzt werden? Mit dem Gesetz will die Bundesregierung die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber erleichtern. Darüber hinaus soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weitere Befugnisse zur Feststellung der Identität von Asylsuchenden erhalten.

• Die Neustrukturierung des Bundeskriminalamtgesetzes sieht unter anderem die Einführung der „elektronischen Fußfessel“ für sogenannte Gefährder vor.

• In erster Lesung wurde das Europol-Gesetz beraten, als zuständige Berichterstatterin habe ich gesprochen, inzwischen zum 16. Mal. Es geht um verbesserte internationale Zusammenarbeit der Polizei, eine Konsequenz aus den Anschlägen und einem unzureichenden Informationsaustausch.

• Nach dem Sozialdemokrat Otto Wels wird endlich ein Bürohaus des Bundestags benannt: Unter den Linden 50

Für mehr Betreuung

• Mit einem Gesetzentwurf wird der quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung weiter vorangetrieben. Beim 4. Investitionsprogramm zur Finanzierung werden 100.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt geschaffen. Beispielsweise erhält der Hans-Roth-Kindergarten in Ahlhorn aktuell Mittel für eine zweite halbe Erzieherinnen-Stelle. Für Mittel zur Kinderbetreuung von Kursteilnehmenden, ist jetzt im ländlichen Raum eine Lösung in Sicht.

Verbesserungen im Gesetz

• Auf Veränderungen im Strommarkt reagiert ein Gesetzentwurf, mit dem die vermiedenen Netzentgelte schrittweise abgeschafft werden. Das gilt ab 2018 für Erneuerbare Energie Anlagen. Insgesamt sinken dadurch die Netzkosten, regionale Unterschiede gleichen sich aus, wovon auch Niedersachsen endlich profitiert.

• „Verbrechen soll sich nicht lohnen“ hieß bisher die Maxime. Es musste stets bewiesen werden, dass das Bargeld aus einer konkreten Straftat stamme. Jetzt wird das Recht auf Vermögensabschöpfung grundlegend reformiert. Es gilt die Beweislastumkehr und der Beschuldigte muss den legalen Erwerb beweisen. Vor allem Gewinne aus organisierter Kriminalität sollen leichter eingezogen werden können.

• Auch ein Gesetz zum Deutschen Wetterdienst wurde beraten – es geht dabei allerdings nur um dauerhaften Zugang zu öffentlich finanzierten Daten, nicht um besseres Wetter.

Aus Delmenhorst in Berlin

Eine Gruppe Aktiver von Terre des hommes aus Delmenhorst kombinierte die Teilnahme an einer Arbeitstagung geschickt mit einem Besuch im Bundestag. In einer lebhaften Diskussionsrunde konnte ich über meinen Arbeitsalltag in Berlin, den Einfluss von Lobbyisten und die umfangreichen Tagesordnungen im Plenum informieren.



Auch der NSA-Untersuchungsausschuss ist immer wieder Anlass für Fragen. Es finden keine Zeugenvernehmungen mehr statt, ein Abschlussbericht ist in Vorbereitung. Bis zur Sommerpause muss der Bericht mit Schlussfolgerungen vom Bundestag verabschiedet sein.

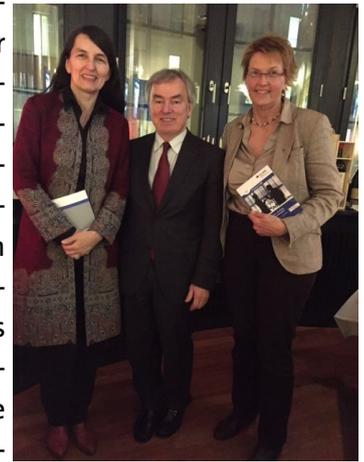
Fördergelder für Breitbandausbau

Es geht voran mit dem Breitband in den ländlichen Regionen: Die Landräte Carsten Harings und Thomas Brückmann konnten in Berlin die Förderbescheide für den Landkreis Oldenburg und die Wesermarsch persönlich in Empfang nehmen. In der jetzigen Förderstufe sind für den Landkreis Oldenburg 3,49 Millionen Euro, für die Wesermarsch 2,6 Millionen Euro vergeben worden. Insgesamt wurden für den Breitbandausbau an diesem Tag eine Milliarde zur Verfügung gestellt. Der Ausbau soll bis Ende 2018 abgeschlossen sein. Weitere Fördermöglichkeiten folgen.



Gegen Gewalt an Polizisten

Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten oder Angestellten in Bürgerämtern nimmt zu, insgesamt steigt die Respektlosigkeit gegenüber Amtspersonen und endet oft in Pöbeleien und Gewalt. Was präventiv getan werden kann, war die Frage auf einem parlamentarischen Abend, zu dem der dbb Beamtenbund eingeladen



Mit Kirsten Lühmann, MdB und dem dbb Vorsitzenden Klaus Dauderstädt.

hatte. Den Input lieferten Überlegungen von der Verrohung der Sprache als Mitverursacherin von Gewalt. Maßnahmen zur Reduzierung von Übergriffen und Bedrohungen am Arbeitsplatz werden derzeit in einem „Aachener Modell“ erprobt.

Für mehr Tierschutz

Der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Thomas Schröder, hat in der AG Landwirtschaft die Notwendigkeit eines gesetzlichen Tierschutzlabels deutlich gemacht. Daran können Verbraucher erkennen, ob Tiere artgerecht gehalten werden. Dem Schreddern männlicher Küken oder dem Schlachten trächtiger Kühe soll damit ein Riegel vorge-schoben werden. Allerdings steht das zuständige Ministerium hier seit langem auf der Bremse, kritisiert auch die Tierschutzbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Christina Jantz-Herrmann. In einer Broschüre informiert der Tierschutzbund über die Notwendigkeit eines Tierschutzlabels. Seit 2013 gibt es ein Label vom Tierschutzbund, es garantiert bereits mehr Tierschutz.



Termine– eine Auswahl

die nächste Sitzungswoche startet am 27. März, deshalb ist wenig Zeit für Termine im Wahlkreis.

25.03. 14.30 Uhr Verbandsversammlung Kreisfeuerwehrverband Wesermarsch, Fa. Steelwind